

Berlin

Zucker von Thälmann

Der Berliner Senat will ein Relikt des Kalten Krieges beseitigen – die eiserne Blockade-Reserve.

Schwere Kohlenlaster rumpelten im Zwei-Minuten-Abstand über stille Vorstadtstraßen zum Havelflecken Kladow im Berliner Südwesten. Hinter dem britischen Militärflughafen Gatow kippten die Lkw ihre Ladung, 650 000 Tonnen Steinkohle, in eine 17 Meter tiefe Kiesgrube. Darüber soll, wenn Mutterboden aufgeschüttet ist, dermaleinst der Roggen wachsen.

Das versenkte Heizmaterial gehört zur eisernen Reserve der einstigen Frontstadt. Insgesamt 1,6 Millionen Tonnen Steinkohle, Koks und Briketts lagern nach wie vor als Vorrat für Krisenzeiten in West-Berlin und blockieren dringend benötigte Flächen für Industrie und Gewerbe.

Noch immer soll die Reserve, 1950 kurz nach der Blockade von den West-Alliierten verfügt, die Versorgung der 2,1 Millionen West-Berliner im Ernstfall maximal ein Jahr lang sichern – auch wenn die Mauer gefallen, die Stadt keine vom Sozialismus umschlossene Insel mehr ist.

Mehr als 100 Hektar Stadtgelände – Lagerhallen, ehemalige Bunker, Freiflächen – sind für die Senatsreserve ausgewiesen. Die Vorratspalette reicht von 500 000 Tondachziegeln „in blau glasierter Sonderanfertigung“ bis zu Filzpantoffeln, von Rohkakao bis zu Trockenkartoffeln von der Sorte, die bereits die Berliner der Luftbrücken-Zeit vorm Verhungern hatte bewahren müssen.

In Berlins größter Speisekammer lagern, nach einer Bestandsliste vom 30. September 1989, fast 400 000 Tonnen Nahrungsmittel – darunter Zucker aus dem ostdeutschen VEB Zuckerkombinat Ernst Thälmann, Kondens- und Trockenmilch, Gemüsekonserven und Getreide. Laut vorsorglich gedruckten Lebensmittelkarten soll jeder Berliner Normalverbraucher in der Not Lebensmittel beziehen können, die einem täglichen Kaloriensatz von 2900 entsprechen. Bei der Blockade Anno 48/49 lag der Satz tiefer: bei 1800.

Vorsorglich deponiert sind Seife (16,9 Millionen Stück) und Waschmittel (7960 Tonnen), Bauholz (3957 Kubikmeter) und Steine (8,7 Millionen Stück). Das umfangreichste Waren-Sortiment, das je in einer Stadt gehortet wurde, reicht von Trafo-Stationen, Matrosenmützen, Klosett-Deckeln bis hin zu leichtem Heizöl, Babyschnullern oder, wie der frühere



Senatsreserve Sauerkraut: Täglich 2900 Kalorien

FDP-Wirtschaftssenator Wolfgang Luder einst spottete, „Büstenhaltern mit der Büstengröße der deutschen Frau von 1948“.

Obwohl nach dem Vier-Mächte-Abkommen 1971 bei einigen Gütern die Stückzahlen reduziert und Konsumartikel wie Schuhe, Textilien oder Fahrräder ganz ausgemustert wurden, reißen die Ausgaben für Lagerung oder Erneuerung verderblicher Ware von Etat zu Etat ein Loch in die öffentlichen Kassen: Jahr für Jahr kostet die Vorratshaltung allein den Bonner Finanzminister rund 100 Millionen Mark.

Zwar prüfen Institutionen wie die Firma Treuarbeit oder der Landes- und der Bundesrechnungshof permanent die Verwendung der eingesetzten Mittel, doch Ärger gab es immer wieder: Mal eigneten sich Trockenkartoffeln nur noch als Viehfutter, mal mußten zwei Millionen Hohlblocksteine zu Schleuderpreisen offeriert werden, weil sich die Norm-Maße verändert hatten, mal zerfielen auf den Kohlehalden des Senats Millionen überalterte Briketts.

Wiederholt auch wurde Senatsware von ungetreuen Verwaltern vermindert: 71 Tonnen Feinpapier beispielsweise verschwanden spurlos, Bedienstete verhöckerten 335 Tonnen Zucker. Einmal kam der Verdacht auf, die Hersteller von Gemüsekonserven erneuerten auf den Dosen lediglich Etikett und Verfalldatum, statt die überständige Ware gegen frische auszutauschen.

Für solchen Schmu wird es wohl bald keine Gelegenheit mehr geben. Der rotgrüne Senat hat die Bundesregierung aufgefordert, die drei West-Mächte zu einem Verzicht auf die von der Ge-

schichte überholte Vorratshaltung zu bewegen.

Parallel dazu wollen sich Bonner und Berliner Experten auf einen Fahrplan für den Abbau der Blockade-Vorräte (Wert: knapp zwei Milliarden Mark) und deren „schonende kommerzielle Verwertung“ einigen, so der Berliner Wirtschaftsstaatssekretär Jürgen Dittberner. Während der Regierende Bürgermeister Walter Momper (SPD) bei den Stadtkommandanten um eine „Tendenzfestlegung“ einkommt, bemühen sich die verantwortlichen Senatsstellen beim alliierten Wirtschaftsausschuß um erste „Interimsvereinbarungen“.

Die Behutsamkeit, mit der Momper an die Beseitigung der Reste des Kalten Krieges geht, hat gute Gründe: Bei ersten Sondierungen kurz nach Öffnung der Mauer löste die „vorsichtige Ankündigung der Absichten des Senats“ bei den Alliierten einen „Schock“ aus, wie ein Senats-Memo vermerkt. Inzwischen wollen die Rot-Grünen nicht nur die Auflösung der eisernen Stadt-Ration: Was die Berliner einst wegen der Gefahr aus dem Osten horteten, soll zur „Soforthilfe für die DDR und Osteuropa“ verwendet werden. Laut Vertrag ist Berlin allerdings verpflichtet, bei „Auflösung oder Teilauflösungen der Bevorratung... höchstmögliche Erlöse zu erzielen“.

Der Appell an die Nächstenliebe könnte, so scheint es, die Alliierten am ehesten erweichen: 15 Gabelstapler, die für den Blockade-Fall auf dem Militärflughafen Gatow gelagert waren, gingen bereits mit Genehmigung von Amerikanern, Engländern und Franzosen über die „Brücke der Einheit“ als Spende an die Stadt Potsdam.